



Dr. Hans-Peter Bartels (7. Mai 1961 in Düsseldorf) gehörte von 1998 bis 2015 dem Deutschen Bundestag als direkt gewählter Abgeordneter (SPD) an. Von 2015 bis 2020 war er Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages und setzte sich in seiner Amtszeit intensiv für eine bessere Ausstattung der Bundeswehr ein. Seit Mai 2022 ist er Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V.*



MAD: Wieviel Nachrüstung braucht die glaubwürdige Abschreckung?

Für den ultimativen Wahnsinn gibt es ein beinahe sarkastisches Akronym, es lautet MAD: „mutual assured destruction“, gegenseitig gesicherte Vernichtung. Seit sich in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts zwischen den USA und der schnell aufholenden Sowjetunion ein nukleares „Gleichgewicht des Schreckens“ herausgebildet hat, be-

deutet die Abschreckung durch MAD eine Garantie der Nichtangreifbarkeit der einen durch die andere Seite.

Die beiden Seiten, das waren in den Jahrzehnten des Kalten Krieges bis 1990 der westliche und der östliche Militärblock, Nordatlantische Allianz und

Warschauer Pakt, jetzt Nato und Russland. Und bis heute stellt MAD, obwohl lange kaum noch darüber gesprochen wurde, so etwas wie eine „deep defence“ sicher, die letzte Verteidigungs-, die letzte Abschreckungslinie hinter all den konventionellen, hybriden und Cyber-Bedrohungen unserer Zeit.

In diesem verwunschenen Land hinter den Spiegeln gelten besondere Regeln. Die Physik der totalen Zerstörung folgt einer eigenen Metaphysik. Ihr physischer Kern sind die Waffen, je 6000 Atomsprengköpfe auf beiden Seiten, ihr metaphysischer ist die Glaubwürdigkeit der nuklearen Gegendrohung. In letzter Instanz nehmen beide Seiten, gleich ob die Strategie „massive retaliation“ oder „flexible response“ heißt, den „full-scale nuclear“ war als extremste Möglichkeit der Vergeltung in Kauf, das heißt auch die vollständige Verwüstung des eigenen Landes.

Durch die (inzwischen historischen) Abrüstungsverträge mit ihrem signifikanten Abbau der Atompotenziale beider Seiten und durch weitere Reduzierungsrunden nach dem vorläufigen Ende der Blockkonfrontation ist zwar bis heute der „Overkill“-Faktor deutlich gesunken, aber für das Ende der Welt, wie wir sie kennen, reicht auch die Fähigkeit, alle wichtigen Ziele „nur“ ein- oder zweimal zerstören zu können, völlig aus. Der nachfolgende „nukleare Winter“ täte ein übriges.

Wie glaubwürdig das Abschrecken des Westens durch Moskau wirkt, demonstriert gerade die Nato mit ihrer militärischen Zurückhaltung im Ukrainekrieg. Nach der UN-Charta könnte jedes Land der völkerrechtswidrig angegriffenen Ukraine mit eigenen Truppen zur Hilfe kommen und sie in ihrer legitimen Selbstverteidigung militärisch unterstützen. Da aber nun der Aggressor die andere große Atommacht auf diesem Planeten ist und Wladimir Putin mit dem Einsatz seiner Atomwaffen droht, beschränkt sich der Westen auf Waffenlieferungen, Ausbildung und Finanzhilfen. Und sogar den Einsatz der gelieferten Waffen knüpft er an Bedingungen, nämlich nicht auf das heilige Gebiet des Gegners zu wirken.

Während der Kreml durch penetrantes Vorzeigen seiner Doomsday-Kapazitäten Russlands Unangreifbarkeit beschwört, zieht der zum Feind erklärte „kollektive Westen“ ein ums andere Mal „rote Linien“ für sich selbst – Selbstabschreckung. Die gegenwärtige Maxime lautet: bloss nicht zur „Kriegspartei“ werden! Das heißt: Diese Waffe geht, jene nicht, und um Gottes Willen nicht zu viel auf einmal geben!

Es dürfte also inzwischen maximal deutlich geworden sein, dass Putin den Westen tatsächlich effektiv abschreckt. Andersherum aber stellt sich die Frage: Funktioniert eigentlich die Abschreckung der Nato gegenüber Moskau, jedenfalls was die nukleare Garantie der Unverletzlichkeit des gesamten Bündnisgebiets angeht? Wie sicher dürfen sich Estland, Lettland, Litauen und Polen fühlen? Gar nicht zu reden von Weißrussland, Moldawien, Georgien und Kasachstan, die – wäre die Ukraine gefallen – erst recht nicht auf wirksame westliche Unterstützung rechnen könnten.

Die Frage „Pourquoi mourir pour Danzig?“ (Warum sterben für Danzig?), die 1939, am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Frankreich bewegte, bleibt ewig aktuell, wenn es um existenziellen militärischen Beistand geht. Warum Washington riskieren für Warschau? Warum Boston für Büchel?

Diese quasi natürliche Glaubwürdigkeitslücke, die jederzeit mindestens mit demonstrativer Entschlossenheit zu füllen wäre, wird nicht dann erst zum Problem, wenn der nächste US-Präsident Trump hiesse. Sie ist in diesen Zeiten neuer Konfrontation ein Dauerproblem. Dessen Lösung muss nicht zwingend in „europäischen“ Atomwaffen zur Ausbalancierung des Risikos bestehen. Aber wahrscheinlich geht es schon um ein hinreichendes Arsenal von Atomwaffen, die jedenfalls in Europa stationiert sein müssen: um US-Waffen. Frankreichs und Großbritanniens nationale Nuklearkapazitäten würden wohl kaum das Mourir-pour-Danzig-Dilemma auflösen.

Helmut Schmidts Forderung nach einer nuklearen Nato-„Nachrüstung“ (die er selbst nicht mehr im Amt erlebte), führte Anfang der 80er Jahre zur

Stationierung von amerikanischen „forward based systems“ in Europa, Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles mit Atomsprengköpfen. Sie stellte das physische Gleichgewicht an substrategischen Waffensystemen (gegenüber den sowjetischen SS-20) hüben und drüben wieder her. Und im metaphysischen Überbau signalisierte diese nukleare Vornestationierung den Willen der USA ihre westeuropäischen Bündnispartner unter allen Umständen zu verteidigen – nicht gleich unter Aufbietung ihrer strategischen Arsenale von US-Boden oder von Atom-Ubooten aus, sondern zunächst von Europa nach Europa.

Ob für eine solche glaubwürdige Abschreckungsstrategie die heute noch verbliebenen wenigen US-Atombomben in Deutschland, Belgien, den Niederlanden, Italien und der Türkei ausreichen, die jeweils mit Jagdbombern der Nuklearen-Teilhabe-Nationen gegen eine beachtliche gegnerische Luftabwehr ins Ziel gebracht werden müssten, wird in der Allianz gerade auch Gegenstand einer militärstrategischen und politischen Debatte.

Die Abschlusserklärung des letztjährigen Nato-Gipfels in Vilnius hält in klassischer Kontinuität zu früheren Erklärungen fest, dass ein gegen die Nato gerichteter Einsatz von Atomwaffen die Na-

tur des Konflikts „fundamental“ verändern und für den Aggressor „Kosten“ verursachen würde, die weit jenseits dessen lägen, was der Angreifer zu gewinnen hoffte. Durch diese unbestimmte Eskalationsdrohung schreckt das Bündnis, schrecken die USA Putins Russland ab. Dabei liegen das erste Wort und die letzte Entscheidung beim US-Präsidenten.

Das US-Atompotenzial, einschließlich der in Europa stationierten Atomwaffen, heißt es in dem Gipfelpapier, sei die „höchste Garantie“ für die Sicherheit des Bündnisses. Weiter ist die Rede von einer Modernisierung der nuklearen Fähigkeiten und einer Steigerung von „Flexibilität und Anpassungsfähigkeit“.

Dazu mag die weitgehend unbeachtet gebliebene Wiederaufstellung einer US-Kommandobehörde in Deutschland passen. Kurz vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine stellte USAREUR das 56th Artillery Command in Wiesbaden erneut in Dienst. Es war in den 80er Jahren für die Führung der Pershing-II-Verbände zuständig. Gegenwärtig gibt es für dieses Zwei-Sterne-Kommando keinen erkennbaren nachgeordneten Bereich. Aber im „nuclear signalling“, im Kräfteressen um die Glaubwürdigkeit der Abschreckung, spielt es wohl heute schon eine Rolle.

Der Text dieses Einblicks finden Sie auch als Blog unter*



Die **GSP** ist die älteste und **größte sicherheitspolitische Vereinigung Deutschlands** und bundesweit sowie in vielen Schichten der Gesellschaft präsent. **Mit über 6000 Mitgliedern** in sieben Landesbereichen und über **70 Sektionen** diskutieren und vermitteln wir **Sicherheitspolitik** deutschlandweit - **gehaltvoll, sachkundig, parteiunabhängig, ideologiefrei, bunt** und mit **Herzblut**.

Präsident der GSP und presserechtlich verantwortlich ist Dr. Hans-Peter Bartels.

Abonnieren Sie auch unsere Social-Media-Kanäle und unseren You-Tube-Kanal !

GSP-Einblick* ISSN 2701-4088

Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V.

Geschäftsstelle Bonn
Wenzelgasse 42
53111 Bonn
T +49 (0)228 652556
geschaeftsstelle@gsp-sipo.de

Berliner Büro
Reichstagsufer
10117 Berlin
praesidenten-buero@gsp-sipo.de

